

Medientext – 22. November 2017

Lehrerinnen- und Lehrertag LLT 2017: AB BAU STELLEN BILDUNG

Lehrpersonen fordern verlässliche Bedingungen

Die Finanzpolitik des Kantons Luzern bietet keine Sicherheit, abgemachte Rahmenbedingungen für die Bildung einzuhalten. Am 15. Lehrerinnen- und Lehrertag LLT in der Stadthalle Sursee diskutierten Kantonsräte, Verbandsvertretungen, wie auch in einem Fokusgespräch Regierungsrat Reto Wyss und LLV-Präsidentin Annamarie Bürkli über diesen unhaltbaren Zustand.

Der LLT mit dem Tagungsthema AB BAU STELLEN BILDUNG, neu nur noch einen Halbtage und in der unterrichtsfreien Arbeitszeit, wurde von 500 Lehrerinnen und Lehrern besucht. „Es waren auch schon mehr anwesend“, meinte Annamarie Bürkli, LLV-Präsidentin. „Vorerst freuen wir uns an jenen, die hier waren. Aufgrund der Teilnehmerzahl, die unter den Erwartungen lag, wird der LLV-Verbandsrat an der kommenden Sitzung entscheiden, wie die zukünftigen Tagungen aussehen werden.“

Talsole des Abbaus erreicht?

Die Bildung stand in den letzten Jahren stark unter dem Finanzdruck. „Die letzten fünf Jahre haben alarmierende Spuren hinterlassen. Ein Abbau der Leistungen ist unumgänglich. Wir stellen eine grosse Resignation unter den Lehrpersonen fest. Jetzt erwarten wir ein klares Zeichen gegen den Abbau, sonst laufen wir in einen Hammer“, bemerkte Kaspar Bättig, Geschäftsführer des LLV.

Drei Podien und konkrete Forderungen zum Schluss

Im Politpodium diskutierten die Fraktionsvertretungen den Stellenwert der Bildungspolitik in ihrer Fraktion. Bei der Frage: „Wo soll/darf/muss im Bereich Bildung weiter gespart werden, möchte die SVP „auf die kostenaufwendigen externen Evaluationen verzichten“, die CVP will grundsätzlich „die Voraussetzungen an der Basis nicht verschlechtern“, FDP und GLP sind der Meinung, „Bildung darf teurer werden, es darf eine Steigerung geben“, Sparpotential bietet sich aber durchaus in der „Schaffung strafferer Strukturen auf der Verwaltungsebene“. Die Grüne Partei fordert zunächst einmal eine „grundlegende Strategie“ der Regierung, „damit man überhaupt weiss, was man will“. Mit viel Applaus bedacht wurde die Aussage der SP, auch über eine Veränderung in der Steuerpolitik zu reden – „Das Projekt der Steuersenkung wurde eingeleitet, ohne ein Polster zu haben“. Auf die Frage nach den konkreten Bemühungen der einzelnen Parteien gab es wiederum sehr unterschiedliche Antworten: Die CVP bemüht sich um eine „Phase der Konsolidierung“, um mehr Ruhe und Stabilität in die Volksschule zu bringen, die in den letzten Jahren „sehr viele Reformen mitgemacht“ habe. Der Lehrplan 21, der kostenneutral umzusetzen sei, sei wiederum ein „grosser Erneuerungsschritt“ für die Volksschulen. Die SVP hat sich für viele Themen eingesetzt: Von der Einschulung bis zur integrativen Schule.“ Zudem hatte sie sich sehr für die Initiative „Nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ engagiert, die vom Luzerner Stimmvolk jedoch abgelehnt worden war. Die SP fordert insgesamt „mehr Lebensqualität in der Schule“, die GLP möchten die „Schulsozialarbeit flächendeckend einführen“ und die Grünen wollen den „Zusammenhang der Gesellschaft durch Sprachkompetenz“ fördern. Wohl zeigten die Parteien viel Verständnis für die Forderungen der

Lehrpersonen. Konkrete Zugeständnisse blieben jedoch aus. War es Wahlkalkül oder der Respekt vor der Höhle des Löwen? Im Bildungspodium stand die Bildungsqualität im Vordergrund. Einig war man sich verbandsübergreifend über die hohe Bedeutung einer guten Bildung für das Land. Im dritten Podium, einem Fokusgespräch zwischen dem Bildungsdirektor und der LLV-Präsidentin, wurde die Erfüllung von Forderungen der Lehrerinnen- und Lehrertage von 2013 und 2015 diskutiert. Ein leider nüchternes Fazit. Weiter stand die Frage nach der kostenneutralen Umsetzung des Lehrplan 21 im Fokus. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren weitere Abbaumassnahmen im Bereich Bildung drohen. Der LLV ist jedoch nicht bereit, dies zu akzeptieren. Annamarie Bürkli forderte, „die 2017 eingeführte, zusätzliche Lektion auf der Primarstufe wieder rückgängig zu machen“. Bildungsdirektor Reto Wyss gestand den Lehrern zu, „die Arbeitsbedingungen haben sich durch die zusätzliche Lektion tatsächlich verschlechtert“. Wyss machte auch im Bereich der Lohnentwicklung weitere Zugeständnisse – „Die Besoldung soll sich in Zukunft besser entwickeln“. Für Annamarie Bürkli ist diese Aussage „ein Schritt in die richtige Richtung“, auch „wenn die Kürzungen im Bildungsbereich der letzten Jahre damit nicht gänzlich aufgeholt werden können“. Abschliessend wurden die folgenden Forderungen an die Regierung und an die Vertretungen der Kantonsfraktionen überreicht:

Die Teilnehmenden am LLT-2017 verabschiedeten vier Forderungen:

1. Wir fordern eine gelebte Mitsprachekultur. Wir bieten Gesprächsbereitschaft. *Wir fordern eine Mitsprache, wie diese in der „Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Luzern und den Personalorganisationen (Paritätische Personalkommission) von 2009“ vereinbart wurde. Es ist zu erwägen, ob die im Personalgesetz (§4/PG) vorgesehene Möglichkeit eines Gesamtarbeitsvertrages GAV diese Mitsprachekultur besser garantiert. Wir sind zu Gesprächen mit den Bildungsverantwortlichen im Kanton Luzern bereit und bieten sie auch an.*
2. Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so können wir qualitativ gute Bildung anbieten. *Verlässliche Rahmenbedingungen sind entscheidend für die Bildungsqualität. In den letzten Jahren standen die Finanzen für unsere Bildung permanent unter Druck, dass ein Abbau von Rahmenbedingungen unumgänglich wurde. So haben die Abbauprogramme der letzten Jahre die uns zustehende Lohnentwicklung unmöglich gemacht. Es führte auf das Schuljahr 2017/2018 sogar zu einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zum Nulltarif. Wir fordern, dass die Mittel zur vorgesehenen Bewirtschaftung des Lohnsystems nach oben korrigiert werden, damit unsere Stellen interkantonal konkurrenzfähig sind. Es muss alles unternommen werden, dass in unseren Klassen gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer die weiterhin wachsenden Anforderungen an die Volksschule gesund und motiviert bewältigen können. Wir fordern daher eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer auf den Stand von 2016/2017.*
3. Wir fordern genügend Ressourcen für die erfolgreiche Umsetzung des LP21. *Mehr Lektionen für Klassen, in denen die Grösse oder die Zusammensetzung den geforderten Kompetenzaufbau verunmöglichen und ausreichende Ressourcen für die Aus- und Weiterbildung wie die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer. Wir tragen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen bei.*

4. Wir fordern eine starke Sekundarschule. Nur so können wir auch in Zukunft den Übertritt aus der zweiten und dritten Sek ans Gymnasium gewährleisten, wie auch die Grundlage für eine erfolgreiche Berufsbildung legen. Die Sekundarstufe darf aufgrund der Vorgabe für eine kostenneutrale Umsetzung des LP21 und der neuen WOST 2019 durch den Kantonsrat nicht abgestraft werden.

Aufgelockert und umrahmt wurde der LLT 2017 durch eine Lehrmittelausstellung wie auch durch kabarettistische Einlagen von Veri und durch einen eindrücklichen Reisebericht von Ivo Moosberger. Beat W. Zemp, Zentralpräsident des LCH machte einen Tagungsrückblick, in dem er pointiert nochmals kurz auf die einzelnen Programmteile einging.

Petra Sewing Mestre, LLV-Diskursredaktorin

Rückfragen:

- Annamarie Bürkli, Präsidentin LLV, Menzberg, 041 920 16 01,
078 605 03 13, annamarie@buerkli.com

- Kaspar Bättig, Geschäftsführer LLV, Luzern, 041 420 00 01, 079 338 68 80